

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsort: Seb. Knaack, Dresden
und Köchliche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
für ein halbes Jahr 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weimarerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsführer: Weimarerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Normalzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtsige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangelegenheiten 40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 169

Dresden, Freitag den 23. Juli 1926

37. Jahrg.

Aus dem Asyl der Fememörder Schweikhardt freigelassen

Unser Münchener Mitarbeiter schreibt:
Den Fememördern und ihren „vaterländischen“ Begleitern ist großes Heil widerfahren: Leutnant Schweikhardt ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Wie zur inneren Verlesung der unter der Oberhoheit des internationalen Justizministers Görtner arbeitenden Justizbehörden dürfte die Haftentlassung des mehrfachen Verdächtigen von der hier allein maßgebenden Staatsanwaltschaft verfügt worden sein, weil ihr die Sachgründe zur Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft nicht ausreichten. Dem Laien mag solche „objektive“ bayerischer Justizbehörden gegenüber einem Wanne, der unmittelbar nach der Ermordung des Dienstausschusses Landmeter ohne die erforderlichen Unterlagen auf Veranlassung des Polizeikommissars Glaser sofort einen Pass erhielt und der dann von München aus mit Umgehung Spaniens in Oesterreich aufbrach, nicht ganz verständlich erscheinen. Und der, auf Grund eines Haftbefehls am 12. Oktober 1921 in Berlin verhaftet, einen Pass bei sich hat auf den Namen Schmidt, ausgestellt vom ungarischen Generalkonsulat München. In diesem Pass befand sich

ein gefälschtes Ausreisevisum
des Berliner Polizeipräsidiums vom 13. Mai 1921 und ein echtes vom österreichischen Generalkonsulat in London; darüber befand sich ein gefälschter österreichischer Grenzstempel, datiert „Lusignan, 8. Juli 1921“. Trotz solchen Verdachtsmomenten konnte die Zärtlichkeit oder Mitleidenschaft des Schweikhardt an der Ermordung der Zehnweier „juristisch“ nicht erwiesen werden. Bekanntlich verliefen die Ermittlungen und das Verbrechen in Halle Gareis. Hier wollte Schweikhardt mit unwahren Angaben über seinen Aufenthalt beweisen, daß er zur Zeit der Ermordung des Genossen Gareis nicht in München weilte; er sollte sich bis zum 8. Juni 1921 in Salzburg und Graz unter falschem Namen und unter Wechseln der Hotels aufhalten. Es ist jedoch erwiesen, daß er in den Tagen der Ermordung des Gareis nicht mehr in Graz weilte! Von der Technik der Verführung der Behörden durch die Verlogenheit dieses „vaterländischen“ geflüchteten Mannes ist folgendes: Nach Gareis' Ermordung erhielt die Polizeidirektion München einen Brief, in dem der anonyme Verfasser sich selbst als den Wörder des Abgeordneten Gareis nannte. Der Brief war unterzeichnet Janus, und sein Inhalt war, die Polizei auf eine falsche Spur zu lenken. Der Inhalt des Briefes war Schweikhardt! Denn Janus ist der Name seines falschen Pases, und die Handschrift ist identisch. Im Besitze der ihm von der Münchener Polizeidirektion verhafteten Waise war es dem Schweikhardt ein leichtes, nach Gareis' Ermordung und der Abhandlung des Briefes — am 11. Juni — wieder aus München zu verschwinden und sich in Salzburg noch am gleichen Tage in das Hotel Fremdenbuch als Paul Kellner einzutragen.

Die Indizien für Schweikhardts Betätigung an den beiden Mordefällen sind lückenlos. Aber es sind eben nur Indizien, auf Grund deren ein Urteil nur so leicht verurteilt werden kann, wenn sich die polizeilichen und richterlichen Dränge einer „objektiven“ hingeben, die selbst bei harmlosen Verbrechen nicht national empfindender und harmloser Verbrecher“ seien in Erscheinung tritt. Zudem: Nach dem behaupteten Genesende: „Pressieren tut eh nix“ haben die bayerischen Behörden fünf Jahre lang vergebens nach der Verleugung des Schweikhardt an drei Kriminalverbrechen gesucht und nicht eher etwas gefunden, als bis sie der Fremdenbuch des Reichstags mit der Nase draufstieß. Wie bedächtig war daher der Widerstand des Genossen Dr. Paul Levi und seiner Genossen im Ausdick gegen dessen Ueberlieferung nach München! In der Ordnungszelle, in der nach dem Ministerpräsidenten Feld Tittum „kein Mensch seinen Namen sicher ist“, hat man wohl Sinn für allerlei blödsinnige Motive und reichsfeindliche Kräfte, aber nicht für die Aufdeckung der Verbrechen vaterländischer Verbrecher. Es könnten ja dabei die politische Bestimmung der Verleugung zu Sünden kommen und die Antreffen der Bergwälder und der Berberaswirte Einbuße erleiden. Deshalb erteilte der Ministerpräsident bei der Nachricht von der Ueberlieferung des Gemeindeführers nach München der gutgemeinten Presse in Form von „Mitteilungen“ Ratsschläge, wie sie sich zu verhalten habe; sie lesen darauf hinaus, alles zu vermeiden, was den „alten Ruf“ Münchens schädigen könnte. Der Antisemitismus der Organe des Herrn Feld bei der Aufklärung vaterländischer Verbrechen ist nicht natürlich den eigenen Ruf des Reiches zu schaden.

Wer München kennt, der weiß, daß die aus den Akten ersichtliche Feststellung des Genossen Paul Levi von der „vaterländischen“ Schweikhardt an dem Morde des Genossen Gareis mit offener Unterstützung des damaligen Polizeipräsidenten Böhrer und des jetzigen vaterländischen Reichsausschusses Fried von bayerischen Behörden übertragen und höheren Ranges habilitiert werden würde. Dafür spricht schon die untern Lesern bekannte bekanntgesehene Verfügung des Justizministeriums vom 11. Juni 1926, derzufolge Landgerichte und Amtsgerichte von Fällen des Gemeindeführers um Ueberlieferung nach München nur dann entlassen dürfen, wenn das Justizministerium vorher davon Einsicht genommen und seine Zustimmung zu deren Ueberlieferung an den Ausdick erteilt hat. Diese Verordnung steht freilich in direktem Widerspruch zu Artikel 34 der Reichsverfassung, nach dem Gerichte und Verwaltungsbehörden verpflichtet sind, den vom Reichstage eingeleiteten Untersuchungsausschüssen auf Verlangen alle Akten vorzulegen. Aber in München weiß man nur zu gut, allen auf Wahrung der Verfassungszweck zielenden Bestrebungen ein Bein zu stellen. Darin ersieht sich eigentlich der „Föderalismus“ der bayerischen Politik. Nur zu lange schon hat der Reichstag den bayerischen Sondergelüsten und Verfassungsverletzungen ein freundliches Entgegenkommen gezeigt, und die Reichspolitik ist durch Kompromisse mit bayerischer Politik oft genug kompromittiert worden. Mit der Entlassung Schweikhardts aus der Untersuchungshaft hat die Anschauung, daß der Gemeindeführer in dem Asyl für Fememörder zu seiner positiven Tätigkeit gelangen kann, einen neuen Stützpunkt erhalten. Vielleicht tut er am besten, seine Koffer zu packen, und nach Berlin überzugehen, um von dort aus den Wörbern wenigstens außerhalb Bayerns nachzuhelfen. In München ist der Ausdick die Fremdenliste, und die wird dort höher bewertet als die Aufdeckung politischer Morde!

Vorbereitungen des Sozialismus

Das internationale Eisenkartell
R. Essen, 23. Juli. (Eig. Zuschrift.) Die Rheinisch-Westfälische Zeitung hat vom gutunterrichteten Seite erfahren, daß in der am Freitag stattfindenden Versammlung der internationalen Eisenproduzenten die Unterzeichnung des Vertrags über das internationale Eisenkartell mit gleichzeitiger Bestätigung zu erwarten sei. Die Zustimmung der Reichsregierung sowie des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der eisenverarbeitenden Industrie zum Abkommen ist gesichert.

So geht die Konzentration der Industrie unumkehrbar vorwärts. Zugleich mit der Eisenindustrie konzentrieren sich auch die anderen Industrien, meist unter Führung des großen, vielfach schon stark konzentrierten Bankkapitals. Die ganze arbeitende Menschheit wird allmählich von Kartellkonzernen geleitet und ausgebeutet, die in immer weniger Hände zusammenstrahlen. So vollendet der Kapitalismus seine Aufgabe, die organisatorischen Vorbereitungen zur planmäßigen Staats- und Weltwirtschaft zu schaffen. Die Arbeiterklasse muß sich ebenfalls so organisieren und konzentrieren, um durch Eroberung der Macht die Leitung der konzentrierten Industrie und Wirtschaft in die Hand zu bekommen. Die wirtschaftlichen Vorbereitungen für den Sozialismus erfüllen sich. Es fehlt nur noch an der Macht der Arbeiterklasse, um die Wirtschaft von einem Instrument der Ausbeutung zu einem Organ für die Wohlfahrt aller zu machen.

Was die Arbeiter opferten Die Kosten des Volkentscheids

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt lobend eine Uebersicht über die geleistete Arbeit bei dem Ringen zur entlastungslosen Enteignung der Fürsten heraus. Danach sind an Gesamtkosten der Sozialdemokratischen Partei einschließlich ihrer Bezirke und Ortsgruppen

2 042 055,91 Mark,
also weit über zwei Millionen Mark, entstanden. Diese setzen sich aus folgenden Posten zusammen:
Die Zentrale hat für geleistetes Material aufgewendet 448 988,35 M.; An Versammlungskosten entstanden . . . 795 496,75 M.; für Flugblätter wurden ausgegeben . . . 425 244,23 M.; für Plakate wurden ausgegeben . . . 105 495,21 M.; sonstiges Material und sonstige Unkosten . . . 396 763,67 M.

Es wurden verbreitet: 72,5 Millionen Flugblätter, 12 Millionen Handzettel, 3,5 Millionen Plakate, 6 Millionen Broschüren, 14 Millionen sonstiges Material, insgesamt also 108 Millionen Drucksachen.

32 920 öffentliche Versammlungen wurden von der Sozialdemokratischen Partei veranstaltet (davon zum Volkentscheid 19 942).

Die Kleinarbeit konnte nur geleistet werden durch die ehrenamtliche Tätigkeit vieler tausender Funktionäre, die ohne Entgelt im Interesse der Sache tätig waren.

Was die kommunistische Partei für den Kampf aufgewendet hat, ist nicht bekannt, wohl aber hat der Ausschuss-Ausschuss in seinem Mitteilungsblatt am 10. Juli eine Uebersicht gegeben. Danach hat er 3 Millionen Flugblätter, 25 000 Plakate, 118 000 Broschüren ausgegeben.

Versammlungen hat der Ausschuss-Ausschuss nach seinem eigenen Bericht im Reich einschließlich Berlin 110 veranstaltet. An Gesamtkosten nennt der Ausschuss-Ausschuss 51 000 Mark.

Das Unheil der Vaterländischen Verbände

S. London, 23. Juli. (Eig. Zuschrift.) In London wird man eine wesentliche Abmilderung des totalitären Regimes das Außenminister Chamberlain dieser Tage im Unterhaus auf die Frage gesprochen hat, ob die deutsche Abrüstung genügend durchgeführt sei. Bezeichnend wird erklärt, Deutschland habe noch eine Reihe von Entwaffnungsmaßnahmen zu erfüllen, die aber nicht sehr wesentlich seien. Ein streitiger Punkt seien vor allem nach englischer Auffassung die sogenannten „vaterländischen Verbände“, die man in England als eine Art Reservearmee, ähnlich der englischen Territorial-Armee betrachte. Schließlich schließt man die Schuld an der Aufbausung des Zwischenfalls einem Teil der deutschen Presse zu, die von der Antwort des Außenministers auf diese soeben gestellte Frage ein großes Aufsehen gemacht habe. Ohne die Veröffentlichung in Deutschland wäre der ganze Zwischenfall stillschweigend vorbeigegangen.

Poincaré an der Arbeit

P. Paris, 23. Juli. (Eig. Zuschrift.) Die Bildung des Kabinetts Poincaré, die am Donnerstag nachmittags vollendete Aufgabe sein sollte, ist bis Mittwoch noch nicht zustande gekommen. Die Entscheidung soll erst im Laufe des heutigen Freitag fallen. Poincaré scheint auf Widerstände gestoßen zu sein, die er in dem Maße nicht erwartet hatte. Diese Widerstände rühren augenscheinlich daher, daß einige Mitglieder der Radikalsozialen Partei wenig Lust verspüren, mit Poincaré als Ministerpräsidenten in einem Ministerium zusammenzuarbeiten. Dies gilt besonders für den Senator Sarraut, den Poincaré zu einer der Hauptstützen seines Ministeriums machen möchte. Sarraut hat aber die Annahme des ihm angebotenen Ministerpostens von dem Beschluß der Kammerfraktion der Radikalsocialen abhängig gemacht, die heute vormittags tagen soll. Andererseits behauptet man in politischen Kreisen, daß Poincaré den Radikalsocialen gegenüber heute vormittags sehr kategorisch auftreten werde. Er werde ihnen vier, vielleicht sogar fünf Ministerien anbieten.

Poincaré hat ein ihm angebotenes Ministerium abgelehnt. Poincaré beabsichtigt im übrigen, kein Ministerium auf ein Minimum zu beschränken. Die bisherigen Ministerien für Krieg, Marine und Luftfahrt sollen in einem Ministerium der nationalen Verteidigung, des Handels- und Ackerbauministerium in ein Wirtschaftsministerium zusammengefaßt werden. Außerdem sollen sämtliche Unterstaatssekretariate aufgehoben werden. Aber auch in diesen Fragen wird erst im Laufe des Freitag die endgültige Entscheidung fallen.

Für den Fall der Ablehnung werde er die Kabinettsbildung überhaupt aufgeben und in einer öffentlichen Kundgebung an das Land die Radikalsozialen Partei für das Scheitern verantwortlich machen.

Poincaré richtet alle seine Schritte so ein, daß sie nach außen beweisen sollen, er bilde eine Regierung der Nationalen Einheit, keine Parteiregierung, keine reaktionäre Rechtsregierung. Die Panik über den Ruin des Frank ist seinen Plänen günstig und treibt ihm die Parteien und die Parteiführer, die er noch braucht, ins Garn. Die Geld- und Wirtschaftsnote sind die Hauptstützen seiner Macht. Er wird diese Macht im Sinne der Besitzenden, des Nationalismus und der Vorherrschaft eines militärischen und imperialistischen Frankreichs bald ausgiebig brauchen.

Unter diesen Umständen glaubt man nicht, daß die Radikalsocialen den Ruf haben werden, die Kabinettsbildung Poincarés zum Scheitern zu bringen, indem sie ihren Mitglieder verbieten, die ihnen angebotenen Posten zu übernehmen. Wenn das Kabinetts Poincaré zustande kommt, will Poincaré das Außenministerium, Barthou die Kriegsminister und das Justizministerium übernehmen, während Poincaré selber außer dem Amt des Ministerpräsidenten auch das des Finanzministers innehaben wird. Als Mitarbeiter wird er den Präsidenten des Sachverständigenausschusses, Sergent, heranziehen. Der Sozialist Paul

Ein reaktionärer Kammerpräsident

P. Paris, 22. Juli. (Eig. Zuschrift.) Die französische Kammer erzielte am Donnerstag nach dem Sturz Herriots einen neuen Erfolg, und zwar bei der Kammerpräsidentenwahl. Der bisherige Präsident Herriot war natürlich bei Uebernahme der Kammerpräsidentenwahl zurückgetreten. In der ersten Abstimmung wählten auf den ehemaligen Kammerpräsidenten des nationalen Volks, Poincaré, auf den Radikalsocialen Poincaré 113 und auf den Sozialisten Poincaré 113 Stimmen. Zerstreut waren 37 Stimmen. In dem zweiten Wahlgang erhielt Poincaré 227 Stimmen, während der Kandidat der Radikalsocialen nur 215 Stimmen auf sich vereinigte. Die Sozialisten stimmten in ihrer Mehrheit für Poincaré.